

Kurzfassung

Einfluss bürokratischer Hürden auf die grenzüberschreitende Arbeitnehmerentsendung von KMU in Grenzregionen

Michael Holz, Annette Icks

Kurzfassung

Im Rahmen der EU-Dienstleistungsfreiheit können Unternehmen zeitlich begrenzt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in andere EU-Mitgliedstaaten entsenden. Um Sozialdumping und schlechte Arbeitsbedingungen zu verhindern, müssen die Entsendeunternehmen jedoch – in Abhängigkeit von den jeweiligen Vorschriften in den einzelnen Zielländern – verschiedene bürokratische Erfordernisse erfüllen. Die vorliegende Studie analysiert auf Basis von Fachgesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Expertinnen und Experten, inwieweit diese Anforderungen die grenzüberschreitende Arbeitnehmerentsendung von deutschen KMU nach Frankreich, Österreich und in die Niederlande sowie von niederländischen KMU nach Deutschland be- bzw. verhindern.

Regulierung wird grundsätzlich befürwortet

Die weit überwiegende Mehrheit der Befragten in allen Untersuchungsregionen befürwortet die Grundintention der Regulierung der Arbeitnehmerentsendung in der EU. Aufgrund weitergehender Spezialregelungen wird jedoch die Bürokratiebelastung vor allem für Frankreich, aber auch für Österreich als deutlich höher wahrgenommen als für die Niederlande.

Hohe Belastungen aufgrund fehlender Harmonisierung

Die fehlende Harmonisierung der nationalen Entsenderegeln und -verfahren in der EU wird von allen Befragten als größte Belastung identifiziert. Aber auch die Häufigkeit der erforderlichen Meldungen wird oftmals als eine wesentliche Bürokratiebelastung genannt. Vor allem im Hinblick auf kurze und kurzfristige Entsendungen wird die Bürokratie als unverhältnismäßig angesehen, was in der Folge dazu führt, dass ein Teil der Unternehmen die Entsendungen ganz einstellt oder diese deutlich reduziert. Nach Ansicht der Unternehmerinnen und Unternehmer wäre hier mehr Flexibilität wünschenswert.

Unterschiedliche Faktoren beeinflussen die Wahrnehmung und den Umgang mit den bürokratischen Anforderungen

Die Bürokratiebelastung wird vor allem in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße unterschiedlich wahrgenommen. Daneben spielt aber auch u. a. die Art der erbrachten Leistungen, die Häufigkeit der Aufträge, die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen, der Umsatzanteil der betreffenden Auslandsmärkte sowie auch die Bewertungs- und Handlungsautonomie, die sich

Unternehmen beim Umgang mit den bürokratischen Erfordernissen selbst zugestehen, eine Rolle.

Unternehmen praktizieren teilweise "autonomen Bürokratieabbau"

Neben den vollständig rechtskonform agierenden Unternehmen befolgt ein Teil der Unternehmen bewusst einzelne Vorschriften nicht, um so die (aggregierte) Bürobelastung auf ein – aus ihrer Sicht – verhältnismäßiges Niveau zu reduzieren. Dies betrifft häufig operative, "nachgelagerte" bürokratische Erfordernisse wie z. B. das Berechnen der Vergleichsansprüche der Beschäftigten im Zielland, das Übersetzen und Vorhalten von Unterlagen sowie das Durchführen von Änderungsmeldungen. Überwiegend handelt es sich hierbei aber um Unternehmen, die die zentralen Schutzgüter der Arbeitnehmerentsendung anerkennen.

Niederländische Akteure beurteilen das deutsche Entsendesystem positiv

Die niederländischen Befragten beurteilen den risikobasierten Ansatz des deutschen Arbeitnehmerentsendungsrechts sehr positiv. Demzufolge werden die entsenderechtlichen bürokratischen Anforderungen weitgehend auf bestimmte Wirtschaftsbranchen mit erhöhtem "Schadenspotenzial" begrenzt. Insgesamt zählen die niederländischen Befragten das deutsche Entsendesystem zu denjenigen mit einer relativ geringen Belastungsintensität.

Risikobasierte Ansätze bevorzugt

Im Gegensatz zu herkömmlichen „One-size-fits-all“ Ansätzen können risikobasierte Ansätze ein neues Gleichgewicht von Vertrauen und Kontrolle herstellen, da sie den zentralen Schutzgütern der Arbeitnehmerentsendung eine angemessene und differenzierte Bürokratiebelastung gegenüberstellen. Dies muss auch unter Beachtung der Risiken vorgenommen werden, die von der kleinen Gruppe der „schwarzen Schafe“ ausgehen, die in betrügerischer Absicht „Entsendungen“ vornehmen. Gleichwohl empfiehlt es sich, Verbesserungen im Bereich der Informations- und Verfahrens-Infrastruktur, der Harmonisierung der nationalen Anforderungen sowie bei der Reduzierung des Erfüllungsaufwands vorzunehmen.